

Parlamentarierinnen klagen über Sexismus im Bundeshaus

Politikerinnen von links bis rechts geben an, persönlich sexuelle Übergriffe erlebt zu haben.

Raphaëla Birrer

Der Fall Buttet ist auch ein Fall Bundeshaus: Diesen Eindruck erweckten mehrere anonyme Quellen, nachdem bekannt geworden war, dass gegen CVP-Nationalrat Yannick Buttet ein Strafverfahren läuft. Er soll seine Ex-Geliebte gestalkt und Parlamentarierinnen sexuell belästigt haben. Auch die Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz erzählte im Westschweizer Radio RTS von Übergriffen im Bundeshaus: Mit «manchen Leuten» gehe sie gar nicht mehr in den Lift; ein Parlamentarier habe sie unlangst mit einer «deplatzierten Geste» bedrängt.

Das Bundeshaus - ein Hort der Grapscher und Lustlinge? Gespräche mit zahlreichen Parlamentarierinnen zeigen: So einfach ist es nicht. So sind zum Beispiel die Vorstellungen, wo die Grenzen zum Inakzeptablen liegen, unterschiedlich gelagert. Oder die Vorfälle je nach Kontext anders zu bewerten. Vereinzelt berichten die Frauen von körperlichen Grenzüberschreitungen, einer Hand auf dem Knie oder einer unerwünschten Umarmung etwa, doch weit verbreiteter scheinen verbale Belästigungen. Die geschilderten Aussagen sind teilweise weit unter der Gürtellinie.

«Anzügliche verbale Entgleisungen habe ich in meinen zehn Jahren im Parlament mehrfach erlebt, körperliche Übergriffe aber nicht», sagt etwa CVP-



Nadja Pieren (SVP). Mattea Meyer (SP).

Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. In solche Situationen komme sie unter anderem deshalb nicht, weil sie bewusst diejenigen Abendveranstaltungen während der Session meide, an denen erfahrungsgemäss viel Alkohol getrunken werde.

Wie auf einer Geschäftsreise

Genau diese Ambiance sei es, die bei manchen Parlamentariern die Hemmschwelle sinken lasse, sagt GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy. «Während der Session herrscht eine Stimmung wie auf einer intensiven Geschäftsreise, auf der man auch den Abend gemeinsam verbringt.» Bertschy betont, dass sich die grosse Mehrheit der männlichen Kollegen im informelleren Austausch normal und anständig verhalte. «Wie überall gibt es aber auch unter der Bundeshauskuppel ein paar Typen, die enthemmter sind und die Grenzen nicht kennen.»

In solchen Situationen sei es wichtig, sich sofort zu wehren, sagt SVP-National-

rätin Nadja Pieren. «Das erwarte ich sogar von einer Parlamentarierin. Schliesslich sind wir alle selbstbewusste Frauen, sonst wären wir nicht gewählt worden.» Auch Pieren hört gelegentlich «blöde Sprüche», wie sie sagt. Sie staune aber darüber, dass nun plötzlich meist anonyme Quellen von «Übergriffen» sprechen würden. «Betroffene Frauen sollten besser sofort Anzeige erstatten, als sich später anonym über die Medien zu beklagen.» Immerhin trage die Diskussion aber wohl dazu bei, Männer dafür zu sensibilisieren, dass die Grenze nicht bei jeder Frau gleich liege.

Geringschätzung der Frauen

Auch ihre Fraktionskollegin Natalie Rickli findet es falsch, dass nun alle Männer im Bundeshaus unter Generalverdacht gestellt werden. «Wir sind alle erwachsen: Wenn jemand Grenzen überschreitet, sagt man das dem Betroffenen direkt; wenn es strafrechtlich relevant ist, macht man eine Anzeige.» Sie sei im Parlament noch nie sexuell belästigt worden, sagt Rickli. Solche Stimmen gibt es auch auf linker Seite. Doch wer sich dahingehend äussert, will nicht namentlich genannt werden.

Grössere Einigkeit besteht hingegen bei der am weitesten verbreiteten Form des Sexismus im Bundeshaus. «Patriarchales Denken ist in den Köpfen der Parlamentarier noch immer verankert. Männer sind für sie die Norm und

Frauen die Ausnahme», sagt Grünen-Präsidentin Regula Rytz. Auch Bertschy stellt das fest: «Anliegen wie die Elternzeit, die Frauenvertretung in Führungsgremien oder die Lohnungleichheit haben im Parlament kaum Chancen. Auch darin widerspiegelt sich die Geringschätzung der Frauen.» Für SP-Nationalrätin Mattea Meyer zeigen sich «die ungleichen Machtverhältnisse» in abschätzigen Bemerkungen und Gesten. «Diese Männer weisen uns damit den Platz im Parlament zu. Und der ist nicht auf ihrer Augenhöhe», sagt sie.

Doris Leuthard

«Das ist inakzeptabel»

CVP-Nationalrat Yannick Buttet zeigte sich in einem Interview im Westschweizer Radio «schockiert» über das Bild, das Medien von ihm verbreiteten. Er forderte, die anonymen Denunziantinnen im Parlament sollten ihm mitteilen, welche Gesten unangebracht waren. Einen Rücktritt schloss der Walliser aus, zeigte sich bezüglich des Ausgangs des Strafverfahrens zuversichtlich, bekannte aber, unter Alkoholeinfluss werde er zu einem «Schwerenöter». Während die CVP-Spitze gestern zum Fall Buttet schwieg, fand Bundespräsidentin Doris Leuthard deutliche Worte. «Falls diese Vorwürfe stimmen, hat Herr Buttet ein Problem», sagte die CVP-Bundesrätin im Westschweizer Fernsehen. «Das ist inakzeptabel in der Politik.» (phr/bro)

Frappé fédéral

Kuss auf den Hinterkopf



Das Parlament hat die erste Woche der Wintersession hinter sich - beziehungsweise die erste Woche seiner winterlichen «Schulreise». Diesen Vergleich zog der Genfer

FDP-Nationalrat **Christian Lüscher**, als er von der Zeitung «Le Temps» zur Stalking-Affäre von CVP-Vizepräsident **Yannick Buttet** befragt wurde. In den Sessionen trinke man jeweils am Montag ein Glas, manchmal auch mehrere Gläser, so Lüscher (der von «Le Temps» als «grosser Verführer» betitelt wird). Da gebe es ein Risiko, dass Dinge ausser Kontrolle gerieten. Lüscher selber rühmt sich aber eines «absolut untadeligen» Verhaltens. Er habe eine Familie und sei gut erzogen. Wenig überraschend vermied er es, auf ein seit längerem kursierendes Handyvideo hinzuweisen, das eine Kostprobe dieser guten Erziehung zeigt. Besagte Aufnahme stammt von einer Sommerparty, an der die Übernahme des Waadtländer Staatsratspräsidiums durch SP-Regierungsrätin **Nuria Gorrite** gefeiert wird. Auch Lüscher hat dort seinen grossen Auftritt - als er Gorrite liebevoll und freudestrahlend auf den Hinterkopf küsst. (phr/fre)

✱

Die Buttet-Affäre rückt auch wieder mal den Kanton Wallis ins Schlaglicht: Mit **Christophe Darbellay** sorgte unlängst schon einmal ein prominenter Politiker aus dem Rhonetal durch aussereheliche Aktivitäten für Aufsehen. «Immer diese Walliser», denkt sich männiglich - und fragt: «Warum nur?» Die Antwort liegt subtil versteckt vielleicht schon in der 1890 komponierten Kantonsymne, die bis heute talauf, talab mit Inbrunst gesungen wird. Dort heisst es: «Nennt mir das Land, so wunderschön / das Land, wo ich geboren bin / wo himmelhoch die Berge stehn / und Mannschaft wohnt bei schlichtem Sinn.» (phr/fre)

Nun geht der Streit um die künftige Klimapolitik richtig los

Die Schweiz hat den Pariser Klimavertrag ratifiziert. Wie sie ihn umsetzt, ist aber höchst umstritten. Der Plan des Bundesrats erntet Kritik - von links und rechts.

Stefan Häne

Alle Staaten müssen ihre klimapolitische Verantwortung wahrnehmen, auch die Schweiz: An diese Verpflichtung hat Umweltministerin Doris Leuthard (CVP) gestern vor den Medien mit Nachdruck erinnert. Im Oktober hat die Schweiz den Klimavertrag von Paris ratifiziert. Doch über die Umsetzung herrscht Disens; das zeigen die Reaktionen der Parteien und Verbände auf die Vorschläge des Bundesrats.

Gestern hat die Landesregierung die Botschaft zum neuen CO₂-Gesetz für den Zeitraum 2021 bis 2030 verabschiedet, ebenso die Botschaft zum Abkommen der Schweiz und der EU über die Verknüpfung ihrer Emissionshandelssysteme. Bei einem der umstrittensten Punkte in der Vernehmlassung beharrt der Bundesrat auf seiner bisherigen Position: Er schlägt vor, den Treibhausgasausstoss bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 um gesamthaft 50 Prozent zu senken, mindestens 30 Prozentpunkte davon im Inland, maximal 20 im Ausland. Gemäss geltendem CO₂-Gesetz muss die Schweiz ihren Ausstoss bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 senken - mit Massnahmen ausschliesslich im Inland. Ob die Schweiz dieses Ziel erreicht, ist unsicher.

Teure Klimazertifikate

Strittig ist die Zielhöhe, aber auch der vorgeschlagene Mix. Während die Linke auf eine Gesamtreduktion von 60 Prozent pocht, tragen die Bürgerlichen das bundesrätliche Ziel von 50 Prozent mit - mit Ausnahme der SVP, die den Pariser Klimavertrag rundweg ablehnt. Die FDP und der Wirtschaftsverband Economiesuisse bekämpfen aber fixe Quoten für die Reduktionsziele. Es sei zweitrangig, zu wie vielen Prozenten die Reduktion im In- oder Ausland geschehe, sagt Nationalrat Christian Wasserfallen. «Jeder Franken soll den grösstmöglichen Effekt zugunsten des Klimas erzielen.» Es müssten aber weiterhin Massnahmen auch in der Schweiz umgesetzt werden.



Das drohende Verbot fossiler Heizungen dürfte noch zu reden geben: Rauchende Schornsteine in Zürich. Foto: Urs Jaudas

Doch zumindest ein Teil der Wirtschaft sieht das anders. Der Verband Swisseclean, der sich als grüne Stimme der Wirtschaft versteht, fordert ein fixes Inlandreduktionsziel, und zwar von minus 40 statt 30 Prozent, wie dies der Bundesrat vorschlägt. Die Höhe dieses Ziels entscheide, ob künftig in der Schweiz investiert oder auf den Einkauf von Lösungen und Klimazertifikaten im Ausland gesetzt werde, sagt Swisseclean. Der WWF Schweiz veranschlagt die Kosten für den Kauf der Klimazertifikate im Zeitraum von 2021 bis 2030 auf mindestens 3,75 Milliarden Franken. Im Gegensatz dazu würden Klimaschutzmassnahmen im Inland Energiekosten und damit Geld sparen, gibt der Umweltverband zu bedenken.

Wer in diesem Kampf obsiegen wird, hängt - wie schon bei der Energiestrategie 2050 - von den Mitteparteien ab. Zwar verfügen SVP und FDP im Nationalrat über eine knappe Mehrheit, im Stän-

derat dagegen sind sie auf fremde Hilfe angewiesen. Wasserfallen appelliert namentlich an die CVP, sich ihrer bürgerlichen Wurzeln zu besinnen und Mehrheiten für eine wirtschaftsfreundliche Gestaltung des CO₂-Gesetzes zu ermöglichen. Allerdings dürfte die CVP geneigt sein, dem Kurs ihrer Bundesrätin zu folgen. Ihr führender Energiepolitiker, Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, bezeichnet den Vorschlag des Bundesrats jedenfalls als «gangbaren Mittelweg».

Bei CO₂-Abgabe zurückgekrebt

Der Bundesrat will bei der Umsetzung des Pariser Klimavertrags am bisherigen Massnahmenmix aus dem aktuellen CO₂-Gesetz festhalten. Für den Verkehr, der am meisten Emissionen verursacht, verzichtet er folglich weiter auf eine CO₂-Lenkungsabgabe. Stattdessen sollen unter anderem die Emissionsvorschriften für Neuwagen schrittweise verschärft werden. Sein selbsterklärtes

«Kernstück» helvetischer Klimapolitik, die CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe, belässt der Bundesrat im Kern unangetastet. Allerdings will er den maximalen Abgabesatz von heute 120 Franken nur auf 210 Franken erhöhen, also um 30 Franken weniger, als er in der Vernehmlassung vorgeschlagen hat. Nationalrat Bastien Girod (Grüne) deutet diese Korrektur nach unten als Kniefall vor der Erdölbranche.

Umstritten ist schliesslich, wie viel Einfluss der Bund auf die Kantone nehmen soll. Diese müssen dafür sorgen, dass die CO₂-Emissionen des Schweizer Gebäudeparks im Durchschnitt der Jahre 2026 und 2027 um 50 Prozent gegenüber 1990 sinken. Verfehlen die Kantone dieses Ziel, dürfen Neubauten nach dem Willen des Bundesrats «grundsätzlich keine CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen verursachen». Dieses drohende Verbot fossiler Heizungen dürfte im Parlament noch zu reden geben.

Nachrichten

Invalidenversicherung Teilzeiterwerbstätige erhalten höhere Rente

Viele IV-Rentner, die Teilzeit arbeiten, erhalten ab 2018 eine höhere Rente. Ihr Invaliditätsgrad wird neu berechnet. Manche Personen haben dadurch neu Anspruch auf eine Rente. Der Bundesrat hat eine Verordnungsänderung beschlossen. Das neue Berechnungsmo- dell verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, schreibt er im gestern publizierten Bericht dazu. (SDA)

Asylverfahren

Beschwerde von Nekane Txapartegi abgewiesen

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Beschwerde der Baskin Nekane Txapartegi zu deren Asylgesuch abgewiesen. Das Gericht schliesst zwar nicht aus, dass Txapartegi 1999 während ihrer Inhaftierung in Spanien gefoltert worden ist. Weil aber die Strafe gegen die Baskin verjährt ist, droht ihr gemäss Bundesverwaltungsgericht in Spanien keine Gefahr mehr. Die Frau wurde verdächtigt, in der baskischen Untergrundorganisation ETA mitgewirkt zu haben. (SDA) Urteil E-2485/2017

Bevölkerungsschutz

Bundesrat will bessere Kommunikation bei Krisen

Die Telekommunikationssysteme, mit denen die Sicherheitsbehörden etwa bei einem Terroranschlag oder einem Erdbeben untereinander und mit der Bevölkerung kommunizieren, sollen erneuert werden. Der Bundesrat hat eine erste Auslegeordnung vorgenommen und eine Botschaft in Auftrag gegeben. Dabei geht es um die Frage, wie der Bevölkerungsschutz künftig kommunizieren und alarmieren soll. (SDA)